

## Wer bezahlt Ulbrichts Mißwirtschaft?

Ein Rechenschaftsbericht, der zu denken geben sollte

Für die SED-Agitatoren und Betriebsfunktionäre ist in diesen Tagen eine peinliche Situation entstanden: Sie haben Auftrag, auf Betriebsversammlungen die neuen Planverpflichtungen festzulegen und die Erfüllung der Betriebskollektivverträge zu diskutieren. Und dies unmittelbar nach der Rechenschaftslegung des 1. SED-Sekretärs, der zum ersten Male seit Bestehen der SED-Regierung die Situation der Zonenindustrie mit einigen echten Zahlen beleuchtete. Dieser Ulbrichtsche Rechenschaftsbericht ist nicht nur deshalb einer näheren Betrachtung wert, weil er alles das, was wir im letzten Jahr berichteten, fast wörtlich bestätigen mußte, sondern er beantwortet auch die in diesen Tagen von jedem Sowjetzonen-Arbeiter gestellte Frage: Hat es einen Sinn, den neuen SED-Fünfjahresplan zu unterstützen?

Sowohl für die SED als auch für die Bevölkerung hängt vieles von dieser Frage ab. Der SED geht es darum, die Zonenindustrie innerhalb der nächsten Jahre in ihrer Struktur völlig zu verändern und die reibungslose Überführung dieser Industrie in den Wirtschaftsblock der Volksdemokratie zu gewährleisten. Gelingt ihr dieses, ist sie ein vollwertiger Bestandteil des Sowjetblocks, und niemand in Moskau dürfte mehr daran, die SED und ihr System auf dem eventuellen Verhandlungstisch einer Wiedervereinigung zu opfern.

### Zeit zum Handeln

Für die Zonenbevölkerung aber geht es darum, diesen Plan der SED zu durchkreuzen, und die Exekutive dazu liegt in der Hand der Arbeiter in den Großbetrieben: Je weniger Verpflichtungen für das kommende Planjahr 1957 abgegeben werden, je hartnäckiger sich die Arbeiter einer Änderung der ohnehin überhöhten Normen widersetzen, um so eher ist die SED gezwungen, ihre verderblichen Pläne zurückzustecken. Wer jetzt den Agitatoren auf den Leim geht, sich einschüchtern und zu neuen Produktionsverpflichtungen überreden läßt, verzichtet auf das sicherste

Druckmittel gegen die SED. Es gilt im Gegenteil, auf allen kommenden Betriebsversammlungen folgende Dinge zu klären:

1. Ulbricht gab zu, daß 24 Prozent aller Industriebetriebe in der Zone mit Verlust arbeiten. Im Vorjahr aber waren es noch 19,8 Prozent. Ulbricht verschwie, daß es sich bei der Hälfte aller heutigen Verlustbetriebe um vom Moskauer Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (SEW) geforderte Neugründungen handelt, während die Mehrzahl der vorjährigen Verlustbetriebe inzwischen durch radikale Lohnsenkungen und ähnliche Maßnahmen „rentabel“ geworden ist. Er verschwie auch, daß von Herbst 1956 bis Sommer 1958 insgesamt 25 Großbetriebe entstehen werden, die nur im Rahmen der Ostblockrüstung produzieren sollen. Die hierzu erforderlichen Subventionen müssen von den gegenwärtigen Leichtindustrie-Betrieben und zivilen Produzenten durch neue Einsparungen herausgewirtschaftet werden. Jede Bemühung, einen Betrieb rentabel zu machen, leistet also nur neuen SED-Experimenten Vorschub.

2. Ulbricht gab zu, daß der Plan zum wesentlichen Teil aus Mangel an Rohstoffen nicht erfüllt werden konnte. Damit ist bewiesen, daß

nicht die Arbeiter, sondern die Planungsorgane schuld waren am Mißlingen des Plans. Warum aber würden dann diesen betreffenden Betrieben als Repressalie die Mittel für die Erfüllung des Betriebskollektivvertrages gekürzt? Und: Wer garantiert dafür, daß die SED in den kommenden Planjahren genügend Rohstoffe für die Leicht- und Konsumgüterindustrie zur Verfügung stellt? Viele Arbeiter wandern bereits heute zur Schwerindustrie ab, weil sie dort wenigstens den Rohstoffmangel nicht an der Lohntüte zu büßen haben.

### Schlag gegen Heimindustrie

Weiter hat Ulbricht angekündigt, er werde „verschiedene Textilbetriebe zur Produktionsumstellung veranlassen“. Tatsächlich wollen die SED-Planer den Großteil der sächsischen und thüringischen Kleinbetriebe, von den Textilfabriken bis zur alteingesessenen Heimindustrie, dem neuen Fünfjahrplan opfern. Die augenblickliche Exportflaute bietet ihr den Vorwand, diese Industrien auf verschiedene von den Moskauer Paktstaaten gewünschte Produktionsarten umzustellen. Was aber soll werden, wenn Deutschland einmal wiedervereinigt wird? Wer will die Erbschaft übernehmen, die Ulbricht hinterlassen möchte? Heute zahlt die Zonenbevölkerung Ulbrichts Mißwirtschaft, soll das industrielle Chaos Mitteldeutschlands im Falle einer Wiedervereinigung vielleicht zu Massenarbeitslosigkeiten führen? Es wird Zeit, daß man die SED-Planer wieder mit dem Gesicht zur Zonengrenze dreht, ehe sie ihre Experimente in Richtung Osten weiterführen. Zumindest aber sollte sie niemand dabei unterstützen.

## Wir und die Suez-Konferenz

DT. Für eine diplomatische Aktivität in der Frage der deutschen Wiedervereinigung sind jetzt schlechte Zeiten. Seit Monaten hören wir amtlich aus Bonn, daß die Übergabe einer Note an die Regierungen der Sowjetunion und der Westmächte, in der die deutsche Auffassung zu diesem Problem dargestellt werden soll, „kurz bevorsteht“. Heute wird man, selbst wenn die Note inzwischen fertiggestellt sein sollte, die sicher hohe Anforderungen an die Kunst diplomatischer Formulierung stellt, mit ihrer Übermittlung besser noch eine Weile warten. Auf den Kabinettsrat gerade der vier Mächte, auf den internationalen Konferenztag und in den Mittelpunkt der öffentlichen Meinung der Welt ist nämlich plötzlich und dringlich ein anderes Problem gerückt. Das ist der Suez-Konflikt, der die internationale Diplomatie und in einigen Ländern sogar die Militärs auf die höchste Alarmstufe gebracht hat.

Solange diese Spannung ungelöst andauert, ist es nicht zweckmäßig, die mit ihr vollbeschäftigten Regierungen für eine Forderung in Anspruch zu nehmen, die unter den heutigen Umständen erst recht am Rande ihrer Interessen liegt. Es ist deshalb besser, wenn der deutsche Schritt heute einmal nicht als „kurz bevorstehend“ bezeichnet wird, sondern daß man nach so langer Prüfung den Zeitpunkt erwartet, in dem er inmitten einer wieder entspannten Atmosphäre bei den beteiligten Regierungen und auch in der öffentlichen Meinung die gebührende Aufmerksamkeit finden kann. Daß dabei im Blick auf das nationale Ziel die seelische und politische Konzentration der Deutschen selbst nicht zu leiden braucht, das hat bereits der Evangelische Kirchentag gezeigt. Diese große Begegnung der durch schändliche Spaltung getrennten Landsleute war erfüllt von der Kraft eines natürlichen und gerechten Willens zur staatlichen

Einheit. Der hier sichtbar gewordene Kraftstrom wird in dem gleichen Maße wachsen müssen, wie in der internationalen Politik der Wille zur Lösung der Deutschlandfrage sich an ihren zweifellos großen Schwierigkeiten abschwächt. Die evangelischen Christen aus der Zone und aus Westdeutschland haben in gemeinsamer Unruhe um unsere nationale Not ein Beispiel gegeben, das uns ermutigen kann.

### Kernpunkt des Suez-Konflikts

Wir selbst sind an dem Suez-Konflikt erfreulicherweise nicht beteiligt, aber wir sind an seiner gerechten Lösung interessiert, die wir auch unter dem Gesichtspunkt werten müssen, daß sie der deutschen Wiedervereinigung keine neuen Schwierigkeiten bereitet. Der Weg zur Einheit führt über eine internationale Entspannung. Durch verschärfte Gegensätze und neue Konflikte wird er nur erschwert. Das ist eine Überlegung, die auch die deutsche Haltung auf der kommenden Konferenz beeinflussen muß.

Soeben hat der frühere Präsident Truman erklärt, daß er 1945 auf der Potsdamer Konferenz den Sowjets eine internationale Kontrolle der wichtigsten Wasserwege einschließlich des Panamakanals vorgeschlagen habe, ohne Interesse zu finden. Moskau ist also nicht gut dazu legitimiert, vorwurfsvoll auf den Panamakanal hinzuweisen. Dabei ist noch zu bemerken, daß der Panamakanal im Gegensatz zum Suezkanal zwar keinen Einschränkungen auf Grund eines allgemeinen internationalen Vertrages unterliegt, daß aber die USA durch zweiseitige Verträge mit Großbritannien und Panama hinsichtlich der Freiheit des Verkehrs freiwillig Verpflichtungen eingegangen sind, die im wesentlichen der Suez-Konvention entsprechen und sogar aus ihr entnommen sind.

Die Bundesrepublik sollte sich also auf der Londoner Konferenz unabhängig und unparteiisch darum bemühen, zwischen dem Respekt vor der Souveränität Ägyptens und der Notwen-

digkeit einer international garantierten Verkehrsfreiheit eine Verständigung auf der Linie einer fortschrittlichen internationalen Rechtsgestaltung zu finden, die dann auch für andere Wasserwege vorbildlich sein sollte.

### Die Meinung Bismarcks

Wir sind also an der verständigen Lösung des Konfliktes, aber keineswegs an seinen gefährlichen Weiterungen interessiert, die eine gewaltsame Intervention erfahrungsgemäß einschließt. Man kann in dieser Hinsicht an eine Kontroverse erinnern, die vor 70 Jahren zwischen Bismarck und dem englischen Außenminister Lord Granville um die englische Politik gegenüber Ägypten stattfand. Lord Granville hatte damals, es war im März 1885, im Parlament behauptet, Bismarck habe der Londoner Regierung, als sie 1881/82 vor der Frage eines militärischen Eingriffs in Ägypten stand, den Rat gegeben, Ägypten „einfach zu nehmen“, und zwar mit dem Hintergedanken, zwischen den in Ägypten rivalisierenden Mächten England und Frankreich Unfrieden zu stiften. Wenige Tage später hat sich Bismarck in einer Rede vor dem Reichstag leidenschaftlich gegen den Vorwurf gewehrt, er habe die englische Regierung „durch lockende Versprechungen von fremdem Besitztum von dem Pfad der Tugend ablocken“ und dadurch in Europa Verwirrung anrichten wollen. Das sei völlig unrichtig. Vielmehr habe er, von englischer Seite um seine Meinung befragt, von einer Annexion Ägyptens dringend abgeraten. Wohl sähe er ein, so habe er seinen englischen Befragern geantwortet, daß es für England ein Bedürfnis wäre, „eine gewisse sichere Stellung in diesem Bindglied seines europäischen und seines asiatischen Etablissements“ zu haben. England könnte aber diese Stellung, ohne mit den Verträgen in Kollision zu kommen, nur durch den Sultan gewinnen. „Wenn dagegen England“, so berichtete Bismarck über die von ihm gegebene Empfehlung weiter, „eine

(Fortsetzung auf Seite 7)

## Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

## Nuschke soll zu Hause anfangen!

### Es gäbe Möglichkeiten — Exil-CDU stellt richtig

Berlin (Eigenmeldung). Zu den Äußerungen der sowjetzonalen Politiker Nuschke und Dieckmann anlässlich des Frankfurter Kirchentages nimmt die Exil-CDU in folgender Erklärung Stellung:

Nuschke und Dieckmann versuchen, die Verweigerung freier Wahlen durch Pankow mit der Politik der Bundesregierung seit 1952, der Zugehörigkeit zur NATO und der Aufstellung der Bundeswehr zu rechtfertigen. Demgegenüber ist festzustellen, daß in der Sowjetzone schon im Dezember 1947 mit der volksdemokratischen Bildung des sogenannten „Deutschen Volksgongresses“ der Grundsatz freier gesamtdeutscher Wahlen aufgegeben und für die Sowjetzone selbst im Jahre 1950 die freie Wahl durch die Einheitsliste ersetzt worden ist. Lange Zeit also, ehe an EVG, NATO und Bundeswehr überhaupt gedacht wurde, hat Pankow bereits den Weg zu freien gesamtdeutschen Wahlen blockiert.

Es waren gerade die pseudo-bürgerlichen Funktionäre, die den Kommunisten geholfen haben, diesen entscheidenden Bruch demokratischer Grundsätze vorzunehmen und ihn

## Politisierung des Kirchentages gescheitert

### Eine Bilanz des großen Treffens in Frankfurt

Der Deutsche Evangelische Kirchentag in Frankfurt hat seine Vorgänger auf seine Weise übertroffen. Er war gewiß nicht so aufwühlend wie der Kirchentag in Leipzig, nicht einmal so aufwühlend wie der Kirchentag in Hamburg, der durch die erstmalige Anwesenheit von Tausenden aus der Sowjetzone geprägt wurde. Aber die Tage in Frankfurt haben sichtbar gemacht, was in der evangelischen Gemeinde vor sich geht. Das Schlußwort der Hauptversammlung drückt es mit den Worten aus, „daß wir unsere Vergangenheit nicht bewältigt haben“, und deshalb „liegt in aller Geschäftigkeit des neugeschenkten Daseins ein tiefes Unbehagen und geheime Angst“.

Es ist ein Suchen und Ringen im Gange um das rechte Verständnis von Gottes Wort und um das rechte Leben nach Gottes Wort, das nicht zur Ruhe kommen will. Überall dringt das Verlangen nach Intensivierung des christlichen Lebens hervor.

Diese Grundstimmung ließ eine Politisierung der Tage in Frankfurt gar nicht erst zu.

Der Versuch ist gemacht worden. Die offiziellen Vertreter der Sowjetzone mit Nuschke und Dieckmann an der Spitze meinten offensichtlich, ihre politische Offensive auch auf dem Boden des Kirchentages vorantreiben zu können. Sie sind gescheitert. Sie haben das sofort damit begründet, daß ihnen aus politischer Abneigung eine untergeordnete Rolle zugewiesen worden sei.

Auch auf dem Frankfurter Kirchentag ist mit Leidenschaft über das Problem der Wiedervereinigung gesprochen worden. Es kamen auch das Problem des totalitären Staates und der Wehrpflicht zur Sprache. Wieder kam es, wie in Hamburg, zu einem spontanen Ausbruch einer Teilnehmerin aus der Sowjetzone. Diesmal rief eine Konsistorialrätin aus Magdeburg aus, daß auch die Pfarrer in der Zone „sündigen“ müssen.

Bei der Erörterung dieser Probleme kam die große Unruhe zum Ausdruck, von der die evangelische Gemeinde erfüllt ist. Die Menschen fragen sich, wie ihre Existenz im zwanzigsten Jahrhundert echtem Christentum entspricht, wie weit sie der modernen Zeit gerecht wird, wie weit sie nach Gottes Wort gelebt wird. Dabei steht über allem das Gefühl einer großen Vereinsamung gerade in der Massenwelt.

Alle Erklärungen Pankowers spreche entbehren jeder Glaubwürdigkeit, solange sie nicht endlich im eigenen Bereich die demokratische Freiheit herstellen. Sie brauchten zum Beispiel nur die von den Sowjets 1946/47 genehmigten Verfassungen der Länder Brandenburg, Thüringen, Sachsen, Mecklenburg und Sachsen-Anhalt wieder in Kraft zu setzen und

wirklich zu befolgen. Dem gesamtdeutschen politischen Gespräch stünde nichts im Wege, wenn auf diese oder andere Weise eine echte demokratische Vertretung Mitteldeutschlands geschaffen würde. Aber solcher Forderung haben sich Nuschke und Dieckmann seit jeher und auch jetzt in Frankfurt entzogen.

## Rathaus ungewöhnlich international

### Jahrestagung der Weltjugendorganisation eröffnet

Berlin (Eigenbericht). Einen ungewöhnlich farbigen, internationalen Anblick bot der vollbesetzte Saal des Abgeordnetenhauses im Rathaus Schöneberg, als die Jahrestagung der „World Assembly of Youth“ (WAY) eröffnet wurde. Aus 65 Ländern sind Delegierte, zum Teil in den malerischen Trachten ihrer Heimat, nach Berlin gekommen, um hier an dieser bedeutsamen Konferenz der Dachorganisation der nationalen Jugendvereinigungen teilzunehmen.

Ausdruck der weltweiten Verbundenheit der Jugend war es, als während der Eröffnungssitzung die einzelnen Delegationen vom Präsidenten des Verbandes vorgestellt wurden und sich von ihren Sitzen erhoben. Belgien, British-Guayana und Kamerun waren die ersten Länder, die genannt wurden, denen dann in der langen Reihe der vertretenen Nationen u. a. auch Zentral-Kongo, Ceylon, Ägypten, Haiti, Indonesien, Mauritius, Paraguay, Togo, Trinidad und Vietnam folgten. Von den 65 Delegationen gehören 15 vorläufig noch nicht zu den Vollmitgliedern.

Besonderen Beifall erhielten bei dieser Vorstellung die Dele-

gierten des Deutschen Bundesjugendringes als die Vertreter der diesjährigen Tagung.

Der Bundesbevollmächtigte Dr. Vockel begrüßte die Ratversammlung der WAY und erinnerte daran, daß Deutschland in den schweren Jahren der Nachkriegszeit von den der WAY angeschlossenen Organisationen große materielle und ideelle Hilfe für seine Kinder und Jugendlichen erhalten habe. Die Bundesregierung, so sagte Vockel, werde ihrer dankbaren Anerkennung dadurch Ausdruck geben, daß sie im Rahmen der deutschen Organisationen der WAY nun an der Beseitigung fremder Not mitarbeiten werde.

## 25000 aus der Zone zum Katholikentag

### Wünsche auf Reisebescheinigungen wurden erfüllt

Berlin (AP/DPA). Mit der Teilnahme von rund 25 000 Katholiken aus der Sowjetzone und Ostberlin am diesjährigen Katholikentag vom 29. August bis zum 2. September in Köln rechnen die zuständigen Stellen der Katholischen Kirche. Grundlage für diesen starken Besuch katholischer Christen aus dem sowjetisch besetzten Gebiet

Der Amtierende Regierende Bürgermeister Amrehn hieß die Versammlung im Namen des Senats willkommen und erklärte, die von der Jugend entwickelten geistigen Kräfte könnten das Antlitz der Erde prägen. Schon heute seien die jungen Menschen dazu besser berufen als die alte Generation, die von Vorurteilen lebe. Besonders hob Amrehn die Bedeutung der Rasenfrage bei den Diskussionen der nächsten Zeit hervor. Da die Rassengleichheit in den Verfassungen stehe, sei sie also nicht selbstverständlich. Die Jugend aber habe die Vorurteile überwunden. Berlin habe im übrigen sein Schicksal gemeistert, weil hier jung und alt gemeinsam die Verantwortung getragen hätten.

Deutschlands sind die in diesen Tagen erfolgreich abgeschlossenen Verhandlungen des Kommissariats der Fuldaer Bischofskonferenz mit dem Innenministerium der Sowjetzone. Die Wünsche im Hinblick auf Ausfertigung von Reisebescheinigungen und Bereitstellung von Transportraum für die Teilnehmer aus der Zone seien in befriedigendem Umfang erfüllt worden, heißt es in einer Mitteilung des Kommissariats.

## Irreführende Deutschland-Karten

### Die Kennzeichnung der Oder-Neiße-Gebiete ist falsch

Bonn (DPA). Das Bulletin der Bundesregierung kritisierte, daß in fast allen ausländischen Nachkriegsatlantiden die geographische Lage Deutschlands unzulänglich dargestellt ist. Dabei sei es bedauerlicherweise ganz gleich, ob die Atlanten im sowjetisch beeinflussten Bereich, von neutralen Kartenverlagen oder in den NATO-Ländern herausgebracht werden.

Fast ausnahmslos wird als Deutschland nur das Gebiet der Bundesrepublik und der sowjetischen Besatzungszone bezeichnet. Die Ostgebiete des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 rechnet man durchweg zu Polen und zur Sowjetunion. Die deutschen Ortsnamen würden durch polnische und russische ersetzt. Bei Durchsicht

von etwa 75 im westlichen und neutralen Ausland neu herausgegebenen Atlanten trage nur ein Schweizer Atlas der völkerrechtlichen Lage Gesamtdeutschlands Rechnung.

### „Wir lassen Berlin nicht im Stich“

Berlin (Eigenmeldung). In einem Schreiben an den Bundesbevollmächtigten Dr. Vockel hat Bundeskanzler Dr. Adenauer seiner Freude über den Rückgang der Arbeitslosenziffer in Berlin unter die 100 000-Grenze Ausdruck gegeben. In diesem Schreiben versichert der Bundeskanzler von neuem, daß die Bundesrepublik Berlin niemals im Stich lassen werde.

## Erzbischof Machens †

Hildesheim (AP). Der Bischof von Hildesheim, Erzbischof Dr. Godehard Machens, ist am Dienstagmorgen kurz vor der Vollendung des 70. Lebensjahres an den Folgen eines schweren Magenleidens verstorben.

Dr. Machens leitete das Bistum Hildesheim seit 1934 als Nachfolger des zum Bischof von Berlin ernannten Dr. Nikolaus Bares. Im Juli 1956 verlieh ihm Papst Pius XII. den persönlichen Titel des Erzbischofs und ernannte ihn gleichzeitig zum Päpstlichen Thronassistenten.

Das Bistum Hildesheim, das sich auch auf Gebiete der Zone erstreckt, ist mit rund 33 000 Quadratkilometern räumlich eine der größten deutschen Diözesen.

So sind sie wirklich:

## Die Rache des Schriftstellers

In Ostberlin kam dieser Tage ein Buch auf den Markt, das nur der Kenner kommunistischer Geschichte verstehen wird. Es ist von Ludwig Renn und heißt: „Der spanische Krieg“. Das Buch wurde bereits vor Jahren geschrieben, und sein Verfasser sollte eigentlich den Nationalpreis 1954 dafür erhalten. Dann aber wurde es überraschend vom „Aufbau-Verlag“ abgelehnt. Es hieß, Renn habe „verschiedene Vorgänge des spanischen Bürgerkrieges falsch verstanden“. Das mußte um so merkwürdiger anmuten, als Renn immerhin eine Art Generalstabschef der Internationalen Brigaden war, wenn er nicht selbst als Truppenkommandeur auftrat. Nun ist das Buch heraus. Offenkundig neu bearbeitet, aber: Das Werk eines intellektuellen Demagogen!

### Run auf ein Buch

In betont naiver Sprache hat Renn hier Zusammenhänge der rotspanischen Niederlage aufgezeigt, die nur aus einer tiefen Absicht dargestellt sein können. Wer die Geschichte des spanischen Bürgerkrieges beherrscht und zwischen Zeilen zu lesen vermag, wird seine helle Freude daran haben. In Parteikreisen war das Buch eine Sensation, und man zwinkert sich noch heute unter den „alten Spanienkämpfern“ zu: „Renn hat ihnen das Verbot gewaltig heimgezahlt!“

Wer aber ist dieser Ludwig Renn, auf dessen Spanien-Schilderung ein Run aller Kenner begonnen hat? Renn ist ein Pseudonym. Der 1889 in Dresden geborene Arnold Friedrich Vlieth von Golzenau war Offizier und Leibgrenadier des Königs von Sachsen. Bataillonskommandeur im Weltkrieg, stieß er 1919 als vorübergehend zur Schutzpolizei eingesetzter Student zu kommunistischen Kreisen. Seine Bücher „Krieg“ und „Nachkrieg“ wurden ein Erfolgsschlagler ähnlich dem von Remarque „Im Westen nichts Neues“ und „Der Weg zurück“. Ein Buch „Rußland-

### LUDWIG RENN

fahrten“, das Produkt seines Sowjetunion - Aufenthaltes 1929 bis 1930, zeigt bereits eindeutig die Gesinnungswandlung des einstigen Adelsvertreters. Wegen dieses Buches machten ihm die Nazis 1933 den Prozeß und verurteilten ihn — ohne jeden ersichtlichen äußeren Grund — zu 2½ Jahren Haft.

Renn verzichtete auf alle Angebote der „Reichsschrifttumskammer“, die ihn gegen Widerruf seiner Bücher freilassen wollte, und blieb bis 1935 im Gefängnis. Sozialdemokratische Freunde brachten ihn ins Schweizer Exil. Hier brachte er das Buch „Vor großen Wandlungen“ heraus. Im spanischen Bürgerkrieg durchschaute er als einer der ersten die Unfähigkeit und politische Ignoranz der kommunistischen Generale, ohne allerdings den Mut zur Konsequenz zu finden. Machtlos erlebte er die Erschießung seiner eigenen Untergebenen, die mit den spanischen Syndikalistischen gegen Franco weiterkämpfen wollten. Erst nach 1950 fand er den Mut, seine spanischen Erinnerungen — wenn auch unter Verschweigung vieler Passagen — niederzuschreiben. Die SED-Lektoren wußten, warum sie auch diese Bücher verboten.

### Mit Paul Merker in Mexiko

Renn kam in eine heikle Situation, als die SED 1950 gegen das Politbüromitglied Paul Merker und andere Mexiko- bzw. Frankreich-Emigranten vorging. Renns Name ist als Vorsitzender der Widerstandsbewegung „Freies Deutschland“ in Mexiko bekannter geworden als die Moskauer „Nationalkomitee“-Funktionäre jemals. Popularität erreichten. Als er 1947 nach Deutschland zurückkehrte, um in Dresden still und zurückgezogen als Professor für Anthropologie zu wirken, fürchtete ihn die Partei derart, daß sie ihn völlig isolierte. Eine SED-Zeitung brachte es sogar fertig, 1950 von dem „leider viel

zu früh verstorbenen Schriftsteller Genossen Ludwig Renn“ zu sprechen.

Seit die deutsche Stalin-Clique in die Enge getrieben wurde, gibt es viele Stimmen, die Ludwig Renn wieder aus der Versenkung holen möchten. Die Herausgabe seines „Spanischen Krieges“ durch den Aufbau-Verlag ist zweifellos ein erster Triumph. Aber Renn ist abgekämpft nach diesen Jahren. Es scheint, daß er mit diesem Buch noch einmal Rache übe an den doktrinären Zensoren der Parteiverlage. Aber ihm fehlt die innere Kraft, um die Rolle auszuspielen, in der ihn seine Anhänger gerne sehen möchten: Die Rolle des zum Kommunismus bekehrten Schriftstellers, der frei von Stalinschen Exzessen blieb, der keine Stalin-Hymnen dichtete und von dem die Partei vergeblich einen „Aufbauroman“ erwartet, der durch den Namen Ludwig Renn auch in bürgerliche Bücherschränke hineingetragen würde. Der Kommunismus hat ihn müde gemacht, diesen Vlieth von Golzenau, er vermochte ihn nur noch in einem Buch zu ironisieren.

### SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Obriens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1,  
Druck: W. Büxenstein, GmbH  
Manfred-von-Richtofen-Str. 2.

## Kadersterben in der SED

Die Partei, der man das Rückgrat entzogen hat

Seit einigen Wochen herrscht in der SED die Praxis, unangenehme politische Auseinandersetzungen nicht mehr in der Öffentlichkeit auszutragen. Das hat zu vielen Fehlbeurteilungen über die innere Situation der SED geführt. Es schien, als tobten nun intern der Streit um den Stalin-Kult oder etwa die Amtsentsetzung des Parteichefs. In Wirklichkeit spielt sich etwas ganz anderes hinter den Kulissen ab, Niemand spricht mehr von Stalin, und Ulbrichts umstrittene Persönlichkeit tritt hinter ganz anderen Erwägungen zurück. Die SED macht eine Krise durch, deren Ende und Ausgang niemand absehen kann. Sie ist im Begriff, das letzte Rückgrat, den kleinen Stamm treuer Kommunisten, die bisher alle Fehler der Parteiführung nach unten abzuschirmen wußten, zu verlieren.

Die Sache begann auf den letzten Parteiaktivkonferenzen, die sich mit den Beschlüssen der 28. Tagung des Zentralkomitees zu befassen hatten. Altverdienste Parteigenossen, deren Mitgliedsbücher oft noch aus den zwanziger Jahren datierten, baten plötzlich um Entbindung von ihrer Funktion.

Es schien, als wären all die Krankheits- und Altersgründe, die hier vorgebracht wurden, in einer Art Massenpsychose akut geworden. SED-Mitglieder, die normalerweise im Parteibüro gestorben wären, baten plötzlich auf Grund ihres hohen Alters, „einen jungen Genossen“ einzusetzen. In den Wohngebietsleitungen, den Domänen alter Parteiveteranen, mußten plötzlich sogar Kandidaten als Sekretäre nominiert werden, weil sich von den „Alten“ niemand mehr bereit fand. Was noch niemals geschehen ist: Die gegenwärtigen unteren Parteileitungswahlen müssen zwei- und dreimal verschoben werden, weil es nicht möglich ist, die Leitungen auf freiwilliger Basis zu besetzen. Selbst die Drohung mit Rückstufung in den Kandidatenstand bleibt ohne Erfolg: Niemand will seinen Mitgenossen als Funktionär gegenübertreten!

### Parteischulung ausgesetzt

Die gesamte Parteischulung ist seit Wochen ausgesetzt. Man kommt zwar hier und da routinemäßig zusammen, aber es gibt keine politischen Lehrpläne und keine Argumentationsgrundlagen. Irgend jemand referiert über den letzten Leitartikel der Parteipresse, gelegentlich wird etwas Marx vor-

gelesen, und im übrigen beschäftigt man sich vornehmlich mit „wirtschafts-technischen Fragen“. Was das für eine kommunistische Partei bedeutet, läßt sich nur schwer wiedergeben. Tausende junger Kandidaten und in den letzten beiden Jahren zur Partei gestoßener Leute sind auf einmal mit der Partei nur noch durch das Mitgliedsbuch und die Beitragszahlung verbunden. Für die fertigen Thesen, die ihnen die Parteipresse mit auf den Weg gibt, fehlt ihnen jede theoretische Unterlage. Von den alten Kommunisten, die sich Zug um Zug zurückziehen, werden sie mitleidig belächelt, und die Partei selbst sieht sich außerstande, diese Leute politisch zu verwenden. Die einzigen, die hier einspringen könnten, mit deren Hilfe der Apparat bisher zusammenhielt, boykottieren jedoch die weitere Parteiarbeit: Die alten, kommunistischen Kader. Sie hat man zum Stalin-Kult gezwungen, sie denken nicht daran, sich für diesen Stalin-Kult auch noch zu rechtfertigen. Sie haben sich von der Partei im letzten halben Jahr innerlich gelöst.

Das heißt nicht, daß aus diesen Altkommunisten Demokraten oder Freunde des Westens geworden sind. Sie treten als etwas auf, das es bisher nur in westlichen Emigrantenkreisen gab: Als „heimatlose Linke“. Und merkwürdig: In dieser Stellung genießen sie unerwartet Ansehen bei den jungen Parteimitgliedern, die der ganzen Entwicklung ratlos gegenüberstehen. Die merkwürdigsten Diskussionen kommen dabei heraus. Man kann es auf

jeder Parteisitzung beobachten: Junge SED-Genossen, die nie etwas anderes außer Stalin lernten, kramen plötzlich Zitate aus Tschitscherins „Geschichte der Jugendinternationale“ aus, die ihnen keiner der zur Partei haltenden Funktionäre zu widerlegen vermag. Trotzkiistische Argumente, Episoden des Matrosenaufstands von Kronstadt, merkwürdige Vorgänge zwischen Februar- und Oktoberrevolution 1917 tauchen auf und beunruhigen die Parteiführung. Man spricht bereits von „ge-lenkten Provokationen“, aber niemand wagt, gegen die im Hintergrund agitierenden und sich verraten fühlenden Altkommunisten vorzugehen.

### Hilflose Kaderpolitik

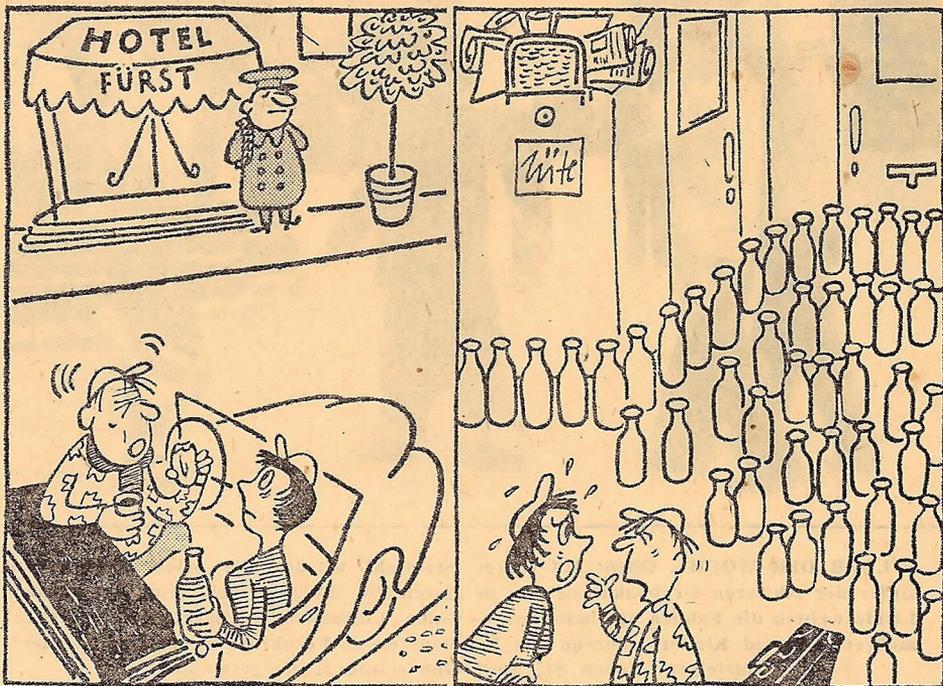
Die Auswirkungen zeichnen sich deutlich ab: Aus Furcht, Zersetzungsarbeit und Trotzkismus im Parteiapparat zu dulden, setzt die SED frisch zur Partei gestoßene Mitglieder auf die heikelsten Funktionen. Sie helfen das Organisationschaos zu vergrößern, aber sie wissen wenigstens nichts von Radek, Sinowjew und Tschitscherin. Es ist eine hilflose Kaderpolitik, deren Folgen abzuwarten bleiben.

So also sieht es aus in der SED. Nicht Stalin und Ulbricht beherrschen die Diskussion, sondern der lautlose Rücktritt der alten Kommunisten, die vorerst in Wartestellung gehen. Und die erst wieder hervortreten möchten, wenn Ulbricht und seine Equipe verschwunden sind. Dieser Prozeß kann von außen nicht gefördert werden. Er ist nur geeignet, den Druck, der täglich stärker auf die SED von außen eindringt, zu unterstützen.

### Pankow nicht eingeladen

London (AP). Zur Londoner Suezkanal-Konferenz wird keine Delegation der Sowjetzonen-Regierung zugelassen. Ein Sprecher des Foreign Office nahm damit zu der Ankündigung Pankows Stellung, man werde die Konferenz beschicken, obwohl die Sowjetzonen-Regierung nicht eingeladen worden ist.

## 'Mite am Ende des Urlaubs



„Auf der Hinreise konnten wir noch dort drüben Mittag essen!“

„Reg' dich doch nicht über die paar Milchflaschen auf, sonst war der ganze Urlaub umsonst!“

## Wir und die Suez-Konferenz

(Fortsetzung von Seite 2)

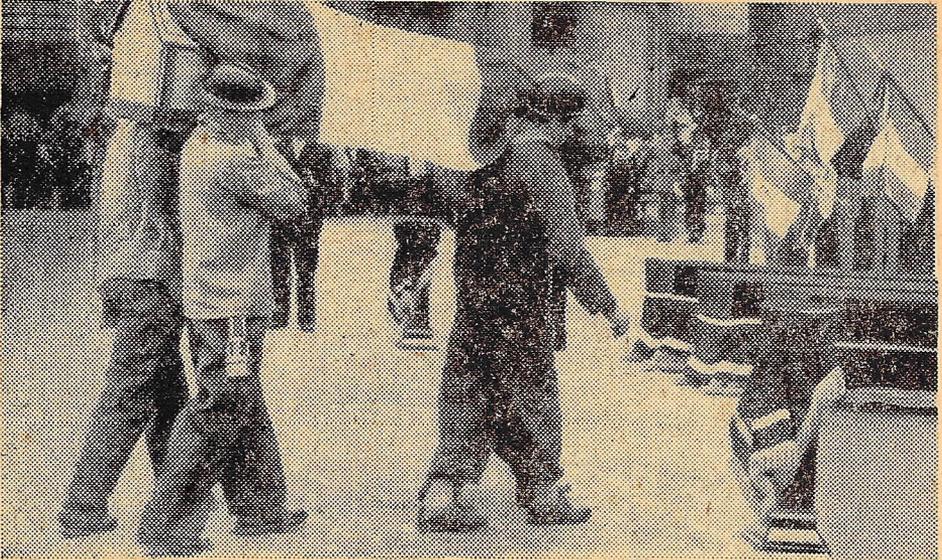
direkte Annektion Ägyptens vornehmen sollte, so könnte sich ein Verhältnis von ziemlicher Spannung mit mehreren europäischen Mächten bilden, namentlich aber mit dem gesamten Muhamedanismus. Ich sähe voraus, daß durch eine Annektion England sich Schwierigkeiten bereiten würde, welche es vermeiden könne, ohne auf den Zweck gesicherter Verbindung zu verzichten. Wie auch der Entschluß Englands ausfallen möge, wir würden ihm nicht im Wege stehen, wir empfahlen nur Vorsicht und die Achtung vor den Verträgen und vor den Rechten des Sultans.“ Abschließend meinte Bismarck, wenn

dieser Rat befolgt worden wäre, dann würde manche Verwicklung später vielleicht nicht eingetreten sein.

### Manches gilt auch heute noch

Diese Kontroverse liegt heute 70 Jahre zurück. Die Welt hat sich inzwischen völlig gewandelt, und mit ihr haben sich auch die Verhältnisse in und um Ägypten gründlich verändert. Dieses Land hat seine volle Unabhängigkeit wiedererlangt, und die militärische Intervention, die England und Frankreich neben dem diplomatischen Konferenzweg als ultima ratio in Erwägung ziehen,

ist nicht gegen sie gerichtet. Die Souveränität und Freiheit Ägyptens sind vielmehr unbestritten, und ein Vergleich zwischen heute und damals ist insofern keineswegs angebracht; es geht um andere Dinge. Aber die Empfehlungen Bismarcks enthalten, wenn man sie ihrer zeitgebundenen Umstände entkleidet, dennoch manches, was heute noch Geltung hat. Aus ihnen lassen sich auch für die deutsche Politik auf der kommenden Konferenz einige keineswegs veraltete Gesichtspunkte gewinnen. Nicht an letzter Stelle steht der, daß sie in unabhängiger Haltung dazu beitragen muß, daß ein legitimes Ziel nur mit den legitimen Mitteln eines verständigen Vertrages gesichert wird.



**BILDER DER WOCHE.** Oben: Mit einem Staatsakt wurden die bisher geborgenen Opfer der schweren Grubenkatastrophe in Marcinelle (Belgien) beigesetzt. Im ganzen Lande wehten die Fahnen auf halbmast. — Unten: Luftballons mit Kartengrüßen ließen mehrere tausend Kinder während des Kirchentages in Frankfurt/M. vor dem „Römer“ aufsteigen. Haben Sie auch eine solche Karte gefunden?

